

Nein zur Schuldenbremse



Als hessischer Wähler und Wählerin können Sie am 27. März d.J. darüber abstimmen, ob eine so genannte Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung verankert werden soll. Das ist eine einmalige Gelegenheit, denn alle anderen Deutschen können das nicht! Nutzen Sie deshalb die Gelegenheit und setzen Sie ein Zeichen. Zeigen Sie, dass sich die Bevölkerung, wie schon bei Stuttgart 21, nicht mehr alles gefallen lässt was sich Politiker und Regierungen ausdenken. Denn:

FDP, CDU, SPD und Grüne wollen Sie für dumm verkaufen!

Wie sonst könnte man Sie als Wähler / Wählerin auffordern, einer gesetzlichen „Schuldenbremse“ zuzustimmen? Schulden kann man nicht einfach per Gesetz bremsen. Schulden kann man nur durch eine verantwortliche Wirtschafts- und Sozialpolitik reduzieren. Daran hat es in den vergangenen Jahren gemangelt. Aber eine solche Politik trauen sich die vier hessischen Parteien offensichtlich auch in Zukunft nicht zu.

Milchknabenrechnung: Per Gesetz neue Schulden verhindern

Diese vier Parteien wollen sich deshalb per Gesetz selbst zu etwas „zwingen“, was sie in der Vergangenheit nicht bewerkstelligen konnten. Denn wir haben bereits eine „Schuldenbremse“ in der hessischen Verfassung, wie übrigens auch im Bund im alten Grundgesetz. Und diese waren bzw. sind sogar wesentlich intelligenter als die geplante hessische Regelung, denn sie erlaubten Kredite für Investitionen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit, was mit der geplanten Schuldenbremse verboten ist. Aber schon diese Verfassungsregelung wurde von den verantwortlichen Politikern immer wieder gebrochen. Regierungen und Politiker werden für Verfassungsbruch wegen unzulässiger Schulden nicht bestraft, auch wenn sie damit für uns alle Milliardenschäden anrichten. Da geht es schon einem kleinen Schwarzfahrer erheblich schlechter. Auch die neue Schuldenbremse sieht keine Strafen für Politiker vor, die die Schuldenbremse verletzen.

Aber selbst wenn die neue Schuldenbremse eingehalten würde, müssten wir sie ablehnen, denn sie würde großen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Schaden anrichten. Ein Schrumpf- und Kürzungskurs bei den Staatsausgaben schrumpft natürlich auch Ihr Einkommen, Ihre Sozialleistungen und Ihre Rente. Das war schon in der Vergangenheit so, und das wird durch die geplante Schuldenbremse sogar noch verstärkt.

Die geplante Schuldenbremse ist eine Entwicklung zurück in die haushaltspolitische Steinzeit. Der Kapitalismus – und damit auch der Staatshaushalt – kann ohne Kredite nicht funktionieren, und den Kapitalismus wollen die vier Parteien ja nicht abschaffen. Tatsächlich ist eine Schuldenbremse auch nicht wirklich geplant, denn:

Schulden für Verluste von Banken und Spekulanten bleiben erlaubt!

Der Schaden durch die „Schuldenbremse“ ist vielfältig. Durch sie wird die Zukunft der einfachen Menschen kaputtgespart. Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc. sollen nicht mehr mit Krediten finanziert werden dürfen. Dagegen soll die Schuldenbremse für die Riesenverluste der Banken und Spekulanten auch in Zukunft ausdrücklich nicht gelten. Schulden zur Bezahlung solcher Verluste dürfen weiterhin aufgenommen werden, wie das in der gerade jetzt ablaufenden Finanz- und Wirtschaftskrise geschieht. Auch Schulden zur Bezahlung der Staatsschulden anderer EU-Staaten dürfen neuerdings aufgenommen werden. Nur Kredite zur Sicherung unserer eigenen Zukunft will die geplante Schuldenbremse verbieten. Das ist das Gegenteil einer am Gemeinwohl orientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das ist menschen-verachtende Politik, Zynismus, das ist sehr weit weg von den Menschen und ihrer Lebenswirklichkeit. Gutes Leben und Arbeiten sieht anders aus.

Warum brauchen Politiker eine Schuldenbremse?

Weil sie sich finanzielle Spielräume schaffen wollen, um auch in Zukunft mit Steuergeldern für Banken- und Spekulationsverluste bezahlen zu können. Weil sie nach wie vor dem neoliberalen Aberglauben anhängen und die Interessen des Finanzkapitals bedienen wollen. Dabei haben sie mit dem Märchen vom Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung durch Steuersenkung für Kapitalbesitzer und Großverdiener gerade erst die spekulativen Blasen mitverursacht, deren Folgen jetzt von uns allen zu tragen sind.

Regierungen und Politiker, die wirtschafts- und finanzpolitisch einfach so weitermachen wollen wie in den letzten Jahrzehnten, wollen sich zukünftig hinter formalen Sachzwängen verstecken, wenn sie die Normalbürger unangemessen belasten wollen. Sie drücken sich davor, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen, z.B. einer sozial ausgewogenen Lastenverteilung, wonach breitere Schultern mehr tragen können als schmalere. Deshalb empfehlen wir:

Zeigen Sie Politikern, die sich hinter dem neuen Götzen Schuldenbremse verstecken wollen, die rote Karte.

Sagen Sie NEIN zu einer Schuldenbremse „für Dumme“. Ihr NEIN zur Schuldenbremse ist ein JA für eine Politik mit Herz und Verstand, ein JA für ein handlungsfähiges Hessen.



Attac Frankfurt und weitere attac-Gruppen in Hessen sind Mitglied in der Plattform „Handlungsfähiges Hessen“ (www.handlungsfahiges-hessen.de). Diese Plattform, die neben vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen auch vom DGB und wichtigen Einzelgewerkschaften getragen wird, kämpft gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung.

Mit einem Nein zur Schuldenbremse will die Plattform verhindern, dass die Schuldenbremse in Zukunft als Sachzwang für Sozialabbau und gegen eine verantwortliche Politik missbraucht werden kann.

ViSdP: Horst Boettcher, www.attac-ffm.de

Frankfurt am Main, 01. Februar 2011